

M. IX. 1918

## Die Steuervorlagen im Finanzausschusse.

Wien, 10. September.

Der Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses ist heute zum erstenmal nach den Sommerferien zusammengetreten und hat die Beratungen der Steuervorlagen aufgenommen. Die besondere Wichtigkeit der Verhandlung kam darin zum Ausdruck, daß sowohl der Ministerpräsident als der Finanzminister die Debatte mit längeren Erklärungen eröffneten. Ministerpräsident Freiherr v. Hussarek kennzeichnete das oberste Ziel der Regierung dahin, die Ordnung in der laufenden Gehabung des Staatshaushaltes herzustellen, und erklärte, es gebe nur eine einzige Devise: Weg mit der Zettelwirtschaft. Freiherr v. Hussarek kündigte die Einbringung neuer Steuervorlagen für nächste Zeit an und setzte sich aufs dringlichste für die Verabschiedung der älteren Steuergesetze ein. In gleicher Richtung bewegten sich die Ausführungen des Finanzministers Freiherrn v. Wimmer, der erklärte, daß jede Verzögerung der Steuern für den Staat den täglichen Entgang von einigen Millionen bringe. Auch der Finanzminister kündigte an, er werde in nicht ferner Zeit einen weiteren Komplex von Vorlagen dem Hause unterbreiten. Bei der Abstimmung nahm der Ausschuss einen prinzipiellen Antrag des Abgeordneten Teufel an, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, einen Finanzplan vorzulegen.

Der Finanzausschuss trat heute unter dem Vorsitz des Obmannes Dr. v. Löwenstein zu einer Sitzung zusammen, welcher Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Hussarek, Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer und Minister Doktor Ritter v. Galecki beiwohnten.

Vor Uebergang zur Tagesordnung stellte Abg. Farc den Antrag, als ersten Gegenstand der Tagesordnung eine Debatte über die Mehlpriiserhöhung abzuführen und den Finanzminister aufzufordern, Aufklärungen über seinen ablehnenden Standpunkt gegenüber der Uebernahme der Differenzen aus den rumänischen, ukrainischen und ungarischen Getreideankäufen zu geben.

Abg. Teufel stellt folgenden Antrag: Der Finanzausschuss setzt mit seinen Beratungen solange aus, bis die Regierung 1. einen Finanzplan vorgelegt haben wird, aus dem einwandfrei zu ersehen ist, wie sie die Erfordernisse des Staates auf ein erträgliches Maß zu bringen und die Bedeckung zu schaffen beabsichtigt, und zwar in solcher Weise, daß durch eine umfassende Steuerreform alle Schichten der Bevölkerung in gerechter und ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Weise erfaßt werden, daß jedoch der durch die Preisveränderung im Kriege bedingte Vermögenszuwachs vor allem angemessen zur Aufbringung der erforderlichen Beträge herangezogen werde, und 2. verpflichtende und ihrer Erfüllung nach an feste Zeitpunkte gebundene Erklärungen abgegeben haben wird, a) hinsichtlich der Entlassung von mindestens 600.000 Mann Mindertauglicher oder Angehöriger der älteren Jahrgänge aus dem Heeresdienste, b) hinsichtlich der für den Aufwand der Armee und der Zivilverwaltung zu treffenden Ersparungen, c) hinsichtlich der Errichtung eines Kriegswirtschaftsministeriums entsprechend den im Antrag Goll niedergelegten Grundsätzen; 3. Aufklärungen über die mit Ungarn hinsichtlich einer gleichartigen Steuerbehandlung schwebenden Verhandlungen gegeben haben wird. Ueber diese beiden Anträge entspann sich eine längere Debatte, an welcher sich die Abgeordneten Dr. Kerner, Fink und Kuranda beteiligten.

## Erklärungen des Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. Freiherr v. Hussarek erinnert zunächst daran, daß die dem Ausschusse unterbreiteten Steuervorlagen in einer — man könnte fast sagen — längst vergangenen Zeit eingebracht wurden im Zusammenhang mit einer wesentlich anderen Konstellation auf finanziellem Gebiete, und daß diese Vorlagen dann im Zuge der Zeit Schicksale erfahren haben, welche ihre rechtzeitige Verabschiedung, die für den Beginn des laufenden Jahres geplant war, verhinderten. (Abgeordneter Schiegl: Durch Schuld der Regierung!) Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob das die Schuld einer Regierung gewesen ist, jedenfalls stehen wir vor der Tatsache, daß es sich heute um Vorlagen handelt, welche eigentlich einen früheren Stand der Dinge repräsentieren. Der Ministerpräsident konzediert ohne weiteres, daß dasjenige an Finanzvorlagen, was jetzt auf dem Tische des Abgeordnetenhauses, beziehungsweise von diesem erledigt im Herrenhause liegt, keineswegs genüge, um die Bedürfnisse des Staates auch nur in einem sehr eingeschränkten Maße zu decken. Das, was das nächste Ziel unbedingt sein müsse, sei, im Wege der Steuergesetzgebung soviel aufzubringen, damit wenigstens das laufende Defizit in der Gehabung verschwinde, das nach dem Vorschlag einen Betrag von 1900 Millionen Kronen, also von fast zwei Milliarden, repräsentiere. Man dürfe sich keiner Täuschung hingeben, daß auch mit Steuerbewilligungen in dem geplanten Umfange noch lange nicht dasjenige erreicht wird, was man etwa als eine Ordnung des Staatshaushaltes bezeichnen könnte.

Der Ministerpräsident müsse es dahin gestellt sein lassen, ob es möglich wäre, eine Ordnung des Staatshaushaltes im strengen Sinne des Wortes während des Krieges zu erzielen, denn er halte dafür, daß man hier an einer Gleichung arbeiten würde, die mehrere Unbekannte hat, und daß, solange diese Gleichung nicht irgendwie gelöst ist, eine definitive Ordnung nicht erreicht werden könne. Das eine müsse jedoch als mindestens, wenn auch vielleicht niedrig gestecktes Ziel ins Auge gefaßt werden, daß man eine Ordnung in der laufenden Gehabung — wobei die eigentlichen Kriegsauslagen und alles, was damit zusammenhängt, noch nicht in Frage kommen — erreiche, gegenüber welcher wir bisher um 1900 Millionen Kronen jährlich im Rückstande sind.

Dem Parlament wurde nun eine Reihe von Steuervorlagen unterbreitet. Als die jetzige Regierung ins Amt trat, war es selbstverständlich ihre erste Pflicht, sich zu fragen, wie diese Angelegenheit behandelt werden soll, und da bestand nicht der geringste Zweifel darüber, daß die Finanzfragen umfassend behandelt werden müssen und daß eine ganze Reihe von Steuervorlagen den jetzt in Verhandlung stehenden nachfolgen müssen. Denn Steuervorlagen sind Dinge, die nicht überhafter beraten werden können. Es wird mit allem Nachdruck im Finanzministerium an diesen Steuervorlagen gearbeitet und es ist zu erwarten, daß sie in nicht allzuferner Zeit so weit fertiggestellt werden können, um auf den Tisch des Hauses niedergelegt zu werden. Dabei sind aber diese Arbeiten auf den Gedanken basiert, daß die Steuern, die jetzt bereits

in Verhandlung stehen und auf welche die Regierung nicht verzichten könnte, ihre Erledigung ebenfalls finden. Nur in dem Zusammenhange dieser Steuern mit allen jenen, die noch in Bearbeitung stehen, wird sich dieses von mir früher gekennzeichnete und jedenfalls als niedrig gesteckt anzufassende Ziel erreichen lassen.

Auf einen Zwischenruf, daß man da Ueberraschungen erleben könne, erwidert der Ministerpräsident: Ich glaube nicht, daß solche Ueberraschungen kommen können. Auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung wird man mit Rücksicht auf das, was in den anderen Staaten geschieht, kaum etwas Neues finden, und wenn eine Steuervorlage auf den Tisch des Hauses gelegt wird, so wird es Sache des Finanzausschusses und des Hauses sein, eine solche Ueberraschung eventuell abzuändern und dasjenige zu machen, was der allgemeinen Auffassung und Ueberzeugung entspricht. Und wenn die Tendenz dahin geht, die Steuern so entsprechend auszugestalten, daß vielleicht ein höheres Ziel, als die Regierung sich gesteckt hat, nämlich die Beseitigung des laufenden Defizits zu erreichen wäre, so wird gewiß auf Seiten der Regierung gar kein Widerstand dagegen bestehen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß alle diese Steuern, die jetzt in Verhandlung stehen, doch keineswegs aus dem gesamten Steuerplan eliminiert werden können, und es veranlaßt mich, die Meinung der Regierung dahin auszusprechen: Die Regierung ist unzweifelhaft verpflichtet, durch eine Reihe weiterer Vorlagen dasjenige zu erfüllen, was hier als Finanzplan bezeichnet worden ist. Einen ganzen großen Finanzplan zu schaffen, wird wohl erst der Zeit nach Abschluß des Krieges vorbehalten bleiben, aber man wird immerhin auf diesem Wege schon ein paar tüchtige Schritte vorwärts machen müssen und können. In der Zwischenzeit jedoch dasjenige, was bereits nach sehr eingehender und ausgereifter Arbeit spruchreif zu sein scheint, einfach beiseite zu schieben oder zurückzustellen, das halte ich für eine Art und Weise des Verfahrens, welche die ganze finanzielle Regelung des Staatshaushaltes auf das schwerste gefährdet, und diese finanzielle Regelung des Staatshaushaltes ist eine unbedingt nicht mehr aufschiebbare Notwendigkeit. Da gibt es nur eine Devise: Weg mit der Zettelwirtschaft! Diese Zettelwirtschaft spürt jeder ohne Unterschied der Nationalität und ohne Unterschied der sozialen Stellung. An jedem geht es aus. Und solange nicht mit Ernst an diese finanziellen Aufgaben herangetreten wird, werden sich die Dinge unaussprechbar und unaufhaltsam immer mehr verschlechtern müssen. Darum ist es, glaube ich, dringend geboten, daß mit allem Ernste an die Arbeiten dieses Ausschusses herangetreten und ohne Verzögerung dasjenige, was auf der Tagesordnung des Ausschusses steht, auch der Beratung zugeführt wird.

Sodann sprachen die Abgeordneten Seif, Dr. Kollisch, Sumner und Guggenberger.

Abg. Miklas beantragt konform mit dem Abgeordneten Fink die getrennte Abstimmung über den Teil des Antrages Teufel, betreffend die Vertagung, ferner Zuweisung des Passus über die Entlassung von 600.000 Mann Mindertauglicher an den Wehrausschuss, des Passus, betreffend die Errichtung eines Kriegswirtschaftsministeriums an den Verfassungsausschuss, des Passus, betreffend die gleichmäßige Steuerbehandlung in Oesterreich und Ungarn, an den Gleichgewichtsausschuss und die Zuweisung sonst noch im Antrage Teufel enthaltener meritorischer Anträge an den Budgetausschuss.

## Erklärungen des Finanzministers.

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer führt aus, die Bemerkung eines Vorredners, als ob der Ministerpräsident die in Verhandlung stehenden Vorlagen als obsolet bezeichnet habe, beruhe auf einem Mißverständnis. Es sei richtig, daß diese Vorlagen heute zur Deckung des laufenden Defizits unzulänglich seien und schon im Zeitpunkt ihrer Einbringung ein Minimum dessen beinhalteten, was damals, vor einem Jahre, angefordert werden mußte. Es sei selbstverständlich notwendig, diese Vorlagen durch weitere Vorlagen zu ergänzen, trotzdem bleiben aber die heute vorliegenden Entwürfe unverändert aufrecht. Im übrigen möchte der Minister den Ausführungen des Ministerpräsidenten nur hinzufügen, daß eine Vertagung der Verhandlungen des Ausschusses, um der Regierung Zeit zu geben, weitere Vorlagen einzubringen und dem Ausschusse die Verhandlung des ganzen Komplexes unter einem zu ermöglichen, eine Verzögerung des Zustandekommens des vorliegenden Komplexes von Vorlagen und so einen täglichen Entgang von einigen Millionen bedeuten würde. Durch Verbindung der später einzubringenden Vorlagen mit den heute vorliegenden würde sich auch eine Erschwerung und daher noch weitere Verzögerung der Erledigung ergeben. Der Finanzminister bittet schließlich, in die Verhandlung der Vorlagen, die bereits weit gediehen sei, einzugehen, und erklärt, daß er in nicht ferner Zeit einen weiteren Komplex von Vorlagen dem Hause unterbreiten werde.

Bei der Abstimmung bringt Obmann Dr. v. Löwenstein zunächst die prinzipielle Frage zur Abstimmung, ob die Regierung aufgefordert werden soll, im Sinne des Antrages Teufel einen Finanzplan vorzulegen. Diese prinzipielle Frage wird vom Ausschusse bejaht. Sodann gelangt im Sinne des Antrages Miklas der restliche Teil des Antrages Teufel zur Abstimmung, wonach die in dem Antrage berührte Frage der Entlassung von 600.000 Mindertauglichen dem Wehrausschusse und die Frage der Errichtung eines Kriegswirtschaftsministeriums dem Verfassungsausschusse zugewiesen werden soll. Der Ausschuss beschließt im Sinne der Zuweisung an diese Ausschüsse. Schließlich wird beschlossen, daß die Aufklärungen über die mit Ungarn hinsichtlich der gleichartigen Steuerbehandlung schwebenden Verhandlungen im Finanzausschusse gegeben werden sollen.

Der Vertagungsantrag wird mit 24 gegen 14 Stimmen abgelehnt; ebenso wird der Antrag Farc abgelehnt. Die Weinstener wird als letzter Punkt auf die Tagesordnung gestellt.

Sodann stellt Abg. Dr. Funk neuerdings den Antrag auf Vertagung der Sitzungen des Ausschusses bis zum Wiederzusammentritt des Plenums und begründet diesen Antrag in eingehender Weise. Der Antrag wird abgelehnt.

Bei der hierauf vorgenommenen dritten Lesung des Gesetzesentwurfes über die Schaumweinsteuer (Berichterstatter Miklas) wird der Gesetzentwurf im Sinne der seinerzeit gefaßten Beschlüsse angenommen. Eine Resolution Kollischer, betreffend die Einrichtung des Zolltarifes in dem Sinne, daß er gegenüber der Einfuhr ausländischen Schaumweines prohibitiv wirke, wird angenommen.

Obmann Dr. v. Löwenstein teilt sodann mit, daß Abg. Kuranda sich bereit erklärt, die Berichterstattung über die Kollensteuer im Ausschusse beizubehalten.

Obmann Dr. v. Löwenstein schlägt weiter vor, die nächste Sitzung morgen 10 Uhr vormittags abzuhalten.

Ein vom Abg. Dr. Funk gestellter Antrag, die nächste Sitzung des Ausschusses erst nach Wiederzusammentritt des Plenums abzuhalten, wird abgelehnt.